

„... dem Frieden der Welt zu dienen“

Ein Diskursprojekt der Evangelischen Akademien
in Deutschland e. V. (EAD)
Ergebnisse und Empfehlungen

Die Evangelischen
Akademien
in Deutschland



Inhalt

„... dem Frieden der Welt zu dienen“ – Vorwort	3
„Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwortung ...“ – Vom Wandel der Diskurse	5
Friedensethik: Gerechter Frieden im Spannungsfeld von Werten und Interessen	8
Zivile Krisenprävention und Friedensförderung: Mehr als nur Absichtserklärungen?	10
Instrumente und Strukturen: Kohärenz verbessern, Kapazitäten ausbauen	12
Friedenslogik in der Außen- und Sicherheitspolitik stärken – Ein vorläufiges Fazit	14
Verzeichnis der Veranstaltungen	16
Referentinnen und Referenten	19
Zum Schluss	21

„... dem Frieden der Welt zu dienen“

Vorwort

Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation vor 25 Jahren und den ihr über Jahrzehnte zugrundeliegenden außen- und sicherheitspolitischen Paradigmen begann eine neue Ära deutscher Außenpolitik, die sich einerseits aus dem Erbe der Ära des Kalten Krieges zu befreien hatte und zugleich vor die Aufgabe gestellt war, die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt neu zu definieren. Jenseits von „Remilitarisierung“ und „Renationalisierung“ musste ein Weg für die neue „Zivilmacht“ Deutschland gefunden werden, der sowohl den eigenen Ansprüchen als auch den von außen herangetragenen Erwartungen gerecht werden konnte. Dabei blieb bis heute eine „Kultur militärischer Zurückhaltung“ leitend, die allerdings neu zu fassen sein wird, wenn, wie in manch einer Rede gefordert, Deutschland „mehr Verantwortung übernehmen“ soll. Mit der Maxime in der Präambel des Grundgesetzes „... als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“ sind die Programmatik und die normativen Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik gesetzt. Die ethische wie politische Reflexion eines so zentralen Politikfeldes hat jedoch in den zurückliegenden 25 Jahren nur schwer an kontinuierlicher öffentlicher Aufmerksamkeit gewinnen können.¹

Maxime des Grundgesetzes als Leitmotiv deutscher Außenpolitik

Die regierungsamtlichen Dokumente² wie auch die 2007 vom Rat der EKD veröffentlichte Friedensdenkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ haben es nicht vermocht, den mit ihrer Veröffentlichung verbundenen Ansprüchen nach einem breiten gesellschaftlichen Diskurs gerecht zu werden. Auch die Medialisierung der Diskurse gelang bestenfalls in Ansätzen und war in aller Regel auf partielle Themen und aktuelle Anlässe bezogen (z. B. Tod und Verwundung deutscher Soldaten in Afghanistan, Deutschlands Weigerung einer Beteiligung am Irak-Krieg und am Libyeneinsatz der NATO).

Ein Beispiel für die fehlende Verständigung über Ziele und Mittel deutscher Außenpolitik und die Diskrepanz zwischen den Vorstellungen, die sich einerseits auf Peacebuilding und zivilen Aufbau beschränken, andererseits die Realität von Militäreinsätzen im Blick haben, ist die Debatte über die Beteiligung der Bundeswehr am Kampfeinsatz in Afghanistan. Die heftige Kontroverse etwa um den Satz der ehemaligen Ratsvorsitzenden der EKD, Margot Käßmann, in ihrer Neujahrspredigt 2010 „Nichts ist gut in Afghanistan“ vermochte bestenfalls kurzfristig die Debatte um die strategische Ausrichtung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik zu befördern, die Initiierung eines breiteren und kontinuierlich geführten fachlichen wie gesellschaftlichen Diskurses gelang damit jedoch nicht.

Mangel an kontinuierlicher öffentlicher Debatte um eine außenpolitische Strategie

¹ Eine umfassende Analyse zu den systematischen Grundlagen, zur historischen Entwicklung und den Instrumenten und Akteuren deutscher Außenpolitik findet sich etwa bei: Wilfried von Bredow [²2008]: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

² Mit dem 2004 verabschiedeten Aktionsplan Zivile Krisenprävention wie auch mit dem Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr besteht ein Bezugsrahmen für die Prinzipien der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands. Darüber hinaus stellen die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2011 des BMVg, das Konzept der Bundesregierung von 2012 „Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen“ (Federführung AA) und die ressortübergreifenden Leitlinien „Für eine kohärente Politik der Bundesregierung gegenüber fragilen Staaten“ (AA, BMZ, und BMVg) wichtige Dokumente der Außen- und Sicherheitspolitik dar. Schließlich ist auf die Afrikapolitischen Leitlinien von 2014 zu verweisen.

In diesem Zusammenhang entschlossen sich die Evangelischen Akademien in Deutschland (EAD) mit einem längerfristig angelegten Diskursprojekt zu reagieren³. Dabei waren drei Zielsetzungen leitend: Evaluation, Ethische Reflexion und Unterstützung der Policy-Entwicklung. In unterschiedlichen öffentlichen und geschlossenen Veranstaltungsformaten (Diskurstagungen, Workshops mit geladener Fachöffentlichkeit, Abendforen für ein breit interessiertes Publikum sowie „Kamingespräche Friedens- und Sicherheitspolitik“ zwischen Spitzenvertretern aus Kirche und Politik)⁴ konnten sowohl die friedensethischen Diskurse innerhalb der Kirchen als auch die außen- und sicherheitspolitischen Debatten systematisch angegangen und auf einander bezogen werden.

Nach nunmehr fast dreijähriger Laufzeit des Diskursprojekts lässt sich als vorläufiges Resümee festhalten, dass auch wir die Initiierung und kontinuierliche Stärkung eines breit geführten, öffentlichen Diskurses nicht erreicht haben. Wohl aber konnten wichtige Akteure aus Kirche, Politik, Wissenschaft, Militär und Zivilgesellschaft zu zentralen Themenstellungen versammelt werden, wodurch die Fachdiskurse befördert und transparenter wurden. Dabei war es hilfreich, zunächst die „richtigen“ Fragen zu erörtern, bevor dann in weiterführenden Veranstaltungen auch die „richtigen“ Antworten diskutiert werden konnten⁵. Die hier nun vorgelegten Ergebnisse und Empfehlungen stellen einerseits selbst einen Debattenbeitrag dar und erhoffen sich andererseits, den immer wieder als notwendig geforderten Diskurs um die Klärung der Rolle Deutschlands in der Welt, seiner Interessen und der zugrundeliegenden Normen und Werte dauerhaft befördern zu können.

³ Der frühere Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat immer wieder auf die Notwendigkeit eines solchen Diskurses und seine unbedingte Bereitschaft dazu hingewiesen. So etwa bei der Auftaktveranstaltung des EAD-Projekts „Wie weit sollen deutsche Soldaten gehen?“ am 24.09.2012 in Berlin oder auch kurz zuvor (05.09.) in einer Rede vor der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS): „Schon lange habe ich, und nicht nur ich, den Wunsch, einen größeren Teil der deutschen Öffentlichkeit für die Debatte über unsere Sicherheit zu interessieren und mit ihr eine breite öffentliche Diskussion zu führen ... [E]rscheint die sogenannte ‚sicherheitspolitische Community‘ als eine ‚geschlossene Gesellschaft‘, die nur allzu gerne unter sich diskutiert und vielleicht sogar keinerlei Interesse an neuen Akteuren, neuen Meinungen hat? Wer Öffentlichkeit will, muss sie auch suchen. Wer die Gesellschaft einbinden will, muss sie auch ansprechen.“ (Quelle: www.bmvg.de, abgerufen am 20.09.2014).

⁴ Siehe die Übersicht der Veranstaltungen am Ende dieses Textes.

⁵ Beispielhaft sind hier folgende Veranstaltungen im Diskursprojekt: Workshop „Neue Herausforderungen für Friedens- und Sicherheitspolitik“ und Tagung „Wirtschaftliche Interessen und Menschenrechte. Kriterien für den Einsatz ziviler und militärischer Mittel in Krisengebieten“ (beide Ev. Akademie Thüringen). Kamingespräch „Deutsche Justizexperten für internationale Friedensmissionen“ und Tagung „Richter, Staatsanwälte und Vollzugsbedienstete für den Frieden“ (beide Ev. Akademie Loccum).



„Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwortung ...“ – Vom Wandel der Diskurse

Die jüngsten geopolitischen Herausforderungen haben zu einer insgesamt breiter geführten und intensiveren außenpolitischen Debatte geführt.⁶ Das Ziel, außenpolitische Strategiebildung sowohl an den globalen Herausforderungen und Konfliktursachen zu orientieren als auch die Absicht, die Administration durch den Dialog nach innen und mit den relevanten gesellschaftlichen Akteuren fortzuentwickeln, bleibt ein ehrgeiziges und zugleich begrüßenswertes Unterfangen. „Einmischen oder zurückhalten?“⁷ – so formuliert etwas plakativ eine im Umfeld des „Review-Prozesses“ im Auftrag des Auswärtigen Amtes durchgeführte repräsentative Umfrage der Körber-Stiftung die zentralen Positionen in der Debatte um Deutschlands internationale Verantwortung. Die Studie belegt, dass das Interesse der Deutschen an außenpolitischen Themen insgesamt groß ist. Als wichtigste Aufgabe deutscher Außenpolitik wird der weltweite Schutz der Menschenrechte benannt. Die große Mehrheit votiert für ein weniger starkes militärisches Engagement.

Im aktuellen Koalitionsvertrag heißt es: „Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwortung. Wir wollen die globale Ordnung aktiv mitgestalten. Dabei lassen wir uns von den Interessen und Werten unseres Landes leiten ... Dabei stehen für uns die Mittel der Diplomatie, der friedlichen Konfliktregulierung und der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund.“⁸ Auch die drei Reden deutscher Spitzenpolitiker während der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 (Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier, Verteidigungsministerin von der Leyen) haben zum einen gezeigt, dass sich die deutsche Außenpolitik den strategischen und politischen Fragen verstärkt stellen will. Zum anderen wurden damit die öffentliche Aufmerksamkeit und die auf unterschiedlichen Ebenen geführten Diskurse deutlich befördert. Vor dem Hintergrund eines bereits vorab veröffentlichten gemeinsamen Papiers der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und des German Marshall Fund of the United States (GMF) „Neue Macht – Neue Verantwortung“⁹ betonen die Redner in München – entgegen der überwiegenden medialen Berichterstattung – durchaus Prävention, Entwicklungszusammenarbeit und die Einbindung von Schwellenländern als leitende strategische Ziele und Instrumente. Gleichzeitig wird jedoch militärische Gewalt als „ultima ratio“ nicht ausgeschlossen, worauf vor allem die Friedens- und Konfliktforschung mit der Kritik reagiert hat, das Militär werde als Mittel der Politik „normalisiert“. Im Vordergrund stehe zivil-militärisches Risikomanagement, während die globalen Machtstrukturen und ihre Auswirkungen auf die Ursachen von Konflikten zu wenig reflektiert würden.¹⁰

⁶ Dies hat seine Resonanz auch im Review-Prozess „Außenpolitik Weiter Denken“ des Auswärtigen Amtes gefunden. Ob die am 25.02.2015 von Außenminister Steinmeier präsentierten Ergebnisse und Schlussfolgerungen ihre gewünschte Wirkung erzielen werden können, bleibt abzuwarten (www.review2014.de).

⁷ Einmischen oder zurückhalten? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage von TNS Infratest Politikforschung zur Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik im Auftrag der Körber-Stiftung. Hg.: Körber-Stiftung, Hamburg, Mai 2014.

⁸ Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Berlin, 16.12.2013, S. 117.

⁹ Stiftung Wissenschaft und Politik, German Marshall Fund of the United States (2013): Neue Macht. Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch. Berlin.

¹⁰ Vgl. hierzu die Stellungnahme von fünf deutschen Friedensforschungsinstituten im Friedensgutachten 2014, hg. von Ines-Jacqueline Werkner, Janet Kursawe, Margret Johannsen, Bruno Schoch, Marc van Boemcken. Münster: Lit Verlag, S. 3-30. Eine solche Kritik war in unterschiedlicher Gewichtung auch immer wieder Gegenstand der Diskussionen bei Veranstaltungen im Rahmen des Diskursprojekts.

„Einmischen oder zurückhalten?“ Mehrheit gegen mehr militärisches Engagement

„Neue Macht – Neue Verantwortung?“ Kohärente Strategie gefragt

Frieden ist mehr als
Sicherheit: Was bestimmt
die Wahl der Mittel?

Es besteht weitgehend Einigkeit in der Analyse der globalen Konfliktursachen und friedenspolitischen Herausforderungen. In die Beurteilung der Sicherheitslage werden zunehmend nicht nur militärische, sondern auch gesellschaftliche, ökonomische, ökologische, kulturelle und humanitäre Faktoren einbezogen. Entsprechend weit wird der Sicherheitsbegriff gefasst. Sicherheit wird demnach weder als rein national noch allein durch Streitkräfte, Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden zu gewährleisten verstanden. Ebenso werden nicht allein reaktive, sondern auch präventive Mittel in die Strategiekonzepte einbezogen. Damit wird ein umfassender sicherheitspolitischer Ansatz forciert, der die gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge und Akteure berücksichtigt, die für die Bewältigung der neuen, globalen Herausforderungen als notwendig erachtet werden.

Rüstungspolitik und
Waffenexporte: Annäherung
der Positionen gelungen

Ein zentrales Politikfeld in Bezug auf die Verantwortung Deutschlands in der Welt ist die Debatte um Rüstungspolitik und Waffenexporte. In der Vergangenheit war die Debatte davon geprägt, inwiefern Exporte gegen die Leitlinien der Bundesregierung verstießen, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern. Dabei verschloss die Fokussierung auf Ausschlusskriterien für Waffenexporte den Blick auf eine umfassendere Diskussion der industrie-, verteidigungs- und außenpolitischen Motivationen dieser Exporte. Mit der Entscheidung zur Belieferung der irakischen Kurden mit Kriegswaffen, um dem Vormarsch des „Islamischen Staates“ (IS) Einhalt zu gebieten, wird diese Debatte nun auch breiter öffentlich geführt. Das Diskursprojekt hat mit einem Fokus auf dieses Themenfeld dazu beigetragen, dass die bislang eher in Abgrenzung und im Verharren auf kontroversen Positionen geführten Debatten aufgebrochen und im gegenseitigen Verständnis und an den Sachfragen orientiert konstruktiv und zielführend befördert werden konnten.¹¹ Durch die zunehmende Autonomisierung von Waffensystemen – wie sie im Moment vor allem mit Bezug auf Drohnen diskutiert wird – stellen sich neue ethische, friedens- und sicherheitspolitische Fragen, die noch intensiverer Auseinandersetzung bedürfen.¹²

Der beschriebene Wandel zu mehr Diskursbereitschaft bildet sich auch im Laufe des Projekts ab: Es zeigte sich ein wachsendes Interesse, die Diskursangebote der Evangelischen Akademien wahrzunehmen. Gerade die differenzierten Veranstaltungsformate haben erfolgreich dazu beigetragen, dass sich unterschiedliche Akteursebenen begegnen konnten und das gegenseitige Verständnis für zum Teil sehr kontroverse Positionen gewachsen ist. So haben sich beispielsweise vermehrt „Friedenslogiker“ und „Sicherheitslogiker“ verständigen können.¹³ Einen nachhaltig positiven Effekt hatten auch die an unterschiedlichen Orten durchgeführten (nicht öffentlichen) Dialoge

¹¹ Kamingsgespräch zum Thema „Rüstungsexporte“ (Ev. Akademien Villigst und Loccum) und Workshop „Ethische Kriterien für Rüstungsexporte“ (Ev. Akademie Loccum und GKKE). Vgl. hier auch die jährlich erscheinenden ausführlichen Stellungnahmen („Rüstungsexportberichte“) der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE, www.gkke.org), die das gesamte Politikfeld der Bundesregierung analysieren und kritisch beurteilen.

¹² Einen ersten in die Tiefe gehenden Beitrag dazu konnte unter Mitwirkung der Ev. Akademien der von der EKD am 25.9.14 durchgeführte Studientag „Braucht die Bundeswehr bewaffnete Drohnen? Positionen evangelischer Ethik“ leisten, epd-Dokumentation 49/2014. Und: Tagung „Rüstungs- und Sicherheitspolitik in Zeiten hochtechnologischer Kriegsführung“ (Ev. Akademie Loccum).

¹³ Internationaler Kongress „Menschen geschützt – gerechten Frieden verloren ...“ (EKD, Ev. Akademien Berlin, Loccum, Villigst und FEST) und: Workshop „Friedensethik“ (Ev. Akademie Thüringen).



zwischen Kirche und Politik sowie Wissenschaft und Politik.¹⁴ Als problematisch erwies sich dagegen, dass immer wieder bei Veranstaltungen in Diskussionen zu schnell und zu häufig auf die Ebene militärischer Optionen abgehoben wurde – selbst dann, wenn Anlage und Zielsetzung einer Tagung dies gerade nicht impliziert hatten.¹⁵

Eines der zentralen Ergebnisse des Diskursprojektes ist, dass deutsche Außen- und Sicherheitspolitik faktisch sehr stark an dem Aspekt der „Bündnistreue“ orientiert ist. Dieser Aspekt tritt zwar in der öffentlichen Debatte in den Hintergrund, in den Begründungen der politisch Verantwortlichen spielt er aber eine entscheidende Rolle. Ungeklärt ist dabei, ob die starke Bedeutung der Bündnisverpflichtung dazu führt, dass ein kohärentes außen- und sicherheitspolitisches Konzept gar nicht erwünscht scheint, weil es gegebenenfalls situative Handlungsmöglichkeiten einschränken könnte. In dieser Perspektive scheint die Maßgabe zu sein, in innenpolitischer Perspektive so wenig militärisches Engagement wie möglich, in außenpolitischer, vor allem bündnispolitischer, gerade so viel wie nötig zu übernehmen. Demgegenüber mangelt es auch an einer zureichenden Ausstattung des zivilen deutschen Engagements. Die deutsche Beteiligung an zivilen Friedensmissionen scheint eher davon geleitet zu sein, sich an möglichst vielen Missionen zu beteiligen – jedoch mit so wenig Personal, dass die Kontingente kaum Wirkung entfalten können. In diesem Zusammenhang kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein kohärentes, ressortübergreifend koordiniertes friedens- und sicherheitspolitisches Handeln keine hohe Priorität hat. Denkbar ist auch, dass das Fehlen eines eigenen friedens- und sicherheitspolitischen Konzepts dazu führt, sich politisch stark auf die Erwartungen der Bündnispartner und die innenpolitischen Stimmungen zu beziehen. Unabhängig davon, welches der beiden Erklärungsangebote man bevorzugt, ist zu vermuten, dass sich dies – trotz der Rhetorik von „mehr Verantwortung“ – in absehbarer Zeit nicht ändern wird. Die Ansprüche nach konzeptioneller Klarheit werden also mit diesen Rahmenbedingungen zu rechnen haben.

Auf der grundlegenden konzeptionellen Ebene der Friedensethik wäre in diesem Zusammenhang dann u. a. zu fragen: Inwiefern lässt sich unter der faktischen Bedingung des Vorrangs der „Bündnistreue“ eigentlich eine friedens- und sicherheitspolitische Konzeption für Deutschland gestalten? Kann der Faktor „Bündnistreue“ in einem solchen Konzept analytisch und operativ erfasst werden? Müssten dann nicht auch die ethischen Fragen auf der Ebene des bzw. der Bündnisse diskutiert werden? Dies sind zum einen diskurspragmatische, aber auch ethisch-theoretische Fragestellungen zur Bedingung der Möglichkeit ethischer Orientierung politischen Entscheidens und Handelns, die für den sicherheitspolitischen und friedensethischen Diskurs auch in praktischer Hinsicht von großer Tragweite sind.

„Bündnistreue“ zu oft einziger Legitimationsgrund für außenpolitische Entscheidungen

Friedensethik:
Notwendigkeit eines internationalen Diskurses

¹⁴ Workshop „Erwartungen an wissenschaftliche Politikberatung“ (Ev. Akademie Villigst).

¹⁵ Tagung „Neue nationale Friedensstrategie? Was soll die deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik leisten?“ (Ev. Akademie Loccum).

Friedensethik: Gerechter Frieden im Spannungsfeld von Werten und Interessen

In den offiziellen Dokumenten zur Friedens- und Sicherheitspolitik ist das Verhältnis von Werten, wie z. B. den Menschenrechten, und politischen und wirtschaftlichen Interessen nicht geklärt. Sie stehen in politischen Dokumenten meist unvermittelt nebeneinander, in ethischen Stellungnahmen wird in der Regel postuliert, dass sich die Interessen den Werten unterzuordnen hätten. Wenn man allerdings davon ausgeht, dass politisches wie menschliches Handeln insgesamt in der Regel von „mixed motivations“ und „mixed intentions“ geleitet wird, stellt sich die Herausforderung, das Verhältnis von normativen und interessengeleiteten Motiven gerade auch friedensethisch weiter zu klären.¹⁶ Normative friedensethische Aussagen können nur dann (politisch) handlungsorientierend sein, wenn sie die Handlungsbedingungen angemessen erfassen, reflektieren und methodisch berücksichtigen.

Die wichtigsten friedensethischen Paradigmen (EKD-Friedensdenkschrift 2007) wurden im Rahmen des Diskursprojekts auch „von außen“ kritisch befragt und in Ansätzen weiter entwickelt: So hat sich gezeigt, dass die Diskussion um die Kriterien der „rechts-erhaltenden Gewalt“ und ihre Beziehung zum internationalen Recht auf der einen und zur Tradition des „Gerechten Krieges“ auf der anderen Seite noch nicht abgeschlossen ist. Mit dem „Afghanistan-Papier“ der EKD (Januar 2014)¹⁷ wurden die Grenzen des rechtsethischen Ansatzes des „Gerechten Friedens“ deutlich. Konfliktszenarien wie in Afghanistan können mit den bislang entwickelten Kategorien der EKD-Friedensethik nur schwer erfasst und bewertet werden. Rechtsethische Kategorien kommen sowohl systematisch als auch vor allem operativ an ihre Grenzen, wenn in konkreten Konfliktszenarien die grundlegenden Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Rechtlichkeit nicht vorhanden sind und auch ihre Etablierung allenfalls ein sehr langfristiges Ziel sein könnte (Afghanistan, Syrien, Irak, Libyen, Kongo, Sudan, Zentralafrikanische Republik). Eine Weiterentwicklung durch eine konsequente Orientierung am Schutz grundlegender Menschenrechte könnte hier weiterführend sein.¹⁸

Tendenziell werden im friedensethischen Paradigma der EKD Militäreinsätze analog zu internationalen Polizeieinsätzen wahrgenommen, womit sich aber Einsätze nach Kapitel VII der UN-Charta nur unzureichend abbilden lassen: zum einen hinsichtlich der Aufgaben von Militär und Polizei, zum anderen aber vor allem hinsichtlich eines nicht nur fehlenden Gewaltmonopols, sondern auch eines fehlenden Gewaltlegitimierungsmonopols im internationalen System. Hier entsteht eine normative Spannung zwischen der prinzipiellen Befürwortung des UN-Systems und dem Ansatz, die Herrschaft des Rechts international zu stärken, die aber schon begrenzten Mittel der Rechtsdurchsetzung, welche die Charta bietet, nur partiell zu unterstützen.

Für die evangelische Friedensethik wird es zunächst notwendig sein, eine angemessene Wahrnehmung von Konflikten zu entwickeln. Des Weiteren ist das Konzept der Human Security in theologisch-ethischer Perspektive weiter auf seine Tauglichkeit zu prüfen. Die Sicherheits- und Menschenrechtsdiskurse sind zu verknüpfen. Hinsichtlich der Weiterentwicklung der Kriterien ist das Verhältnis zur Tradition des „Gerechten Krieges“ zu prüfen. Schließlich ist der Vorrang der Gewaltlosigkeit in einem friedensethischen Gesamtkonzept im genannten Rahmen weiter zu operationalisieren.¹⁹

„Afghanistan-Papier“ der EKD: Grenzen des rechtsethischen Ansatzes des „Gerechten Friedens“ werden deutlich

Evangelische Friedensethik muss angemessene Wahrnehmung von Krisen und Konflikten entwickeln



Einen Schwerpunkt im Rahmen des Diskursprojekts bildete das Konzept der „Responsibility to Protect“ (R2P). Die Kriterien des ursprünglichen Konzeptes der R2P, das von der ICISS²⁰ entwickelt wurde, dienen vor allem dazu, mögliche Interventionen zu begrenzen und an prozedurale Regeln zu binden. Die UN-Generalversammlung beschränkte in ihrem Beschluss zur R2P dieses Konzept auf Genozid, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen und Verbrechen gegen Menschlichkeit. Dennoch wird R2P seit der Libyenintervention als breite politisch-rhetorische Rechtfertigungsfigur für humanitär begründete Interventionen herangezogen und damit verengt.²¹ Hier gilt es, die Diskussion um die Schutzverantwortung fortzuführen und zu qualifizieren. Die systematische Einbeziehung des Konzeptes der Human Security im ursprünglichen R2P-Konzept der ICISS bietet hierfür konzeptionelle Anknüpfungspunkte, die es ermöglichen, gerade Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung in den Vordergrund zu stellen, ohne gewaltförmig eskalierende Konflikte und ihre Eindämmung ggf. auch mit dem Einsatz militärischer Gewalt ausklammern zu müssen. Das Konzept der Human Security ermöglicht die Verknüpfung mit Diskursen und Praxen der Entwicklungszusammenarbeit sowie mit Fragen globaler Gerechtigkeit.²²

Sowohl vor dem Hintergrund der Klärung des Verhältnisses von Werten und Interessen als auch ausgehend von dem normativ anspruchsvollen Konzept der Human Security ist insbesondere die Frage von Kriterien für den Einsatz militärischer Gewalt weiterzuverfolgen. Ohne damit den friedensethischen Diskurs auf Gewaltanwendung verengen zu wollen, ist es systematisch unausweichlich, auch Kriterien für den Grenzfall der Anwendung militärischer Gewalt zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Durch die Entwicklung von Kriterien im ICISS-Dokument und ihre Rezeption in der internationalen Debatte wurde hierfür eine wichtige Grundlage geschaffen, die allerdings im deutschen Kontext bislang zu wenig aufgegriffen und systematisch entwickelt worden ist. Gerade auch außerhalb des theologischen Diskurses hat diese Debatte nun auch in Deutschland neue Impulse bekommen.²³

¹⁶ Eine erste Annäherung an diese Fragestellung wurde im Rahmen des Diskursprojektes unternommen: Wirtschaftliche Interessen und Menschenrechte – Kriterien für den Einsatz ziviler und militärischer Mittel in Krisengebieten. Tagung der Ev. Akademie Thüringen, Neudietendorf, 8.-10.11.2013, epd-Dokumentation Nr. 11/2014.

¹⁷ „Selig sind die Friedfertigen.“ Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik. Eine Stellungnahme der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD. EKD-Texte 116. Hannover 2014.

¹⁸ Vgl. hierzu den Hinweis auf die Tagung in Anm. 16.

¹⁹ Vgl. auch die sehr präzise Analyse der Möglichkeiten und Grenzen des Konzeptes des „Gerechten Friedens“ bei Jean-Daniel Strub (2010): Der gerechte Friede. Spannungsfelder eines friedensethischen Leitbegriffs, Stuttgart: Kohlhammer.

²⁰ International Commission on Intervention and State Sovereignty (2001): The Responsibility to Protect. Ottawa: IDRC Books. Wichtige Aspekte der kritischen Rezeption des R2P-Konzeptes wurden im Rahmen des Kongresses der EKD und EAD, der 2013 im Rahmen des Diskursprojektes durchgeführt wurde, benannt und diskutiert. Vgl. Ines-Jacqueline Werkner, Dirk Rademacher (Hg.) (2013): Menschen geschützt – gerechten Frieden verloren? Kontroversen um die internationale Verantwortung in der christlichen Friedensethik. Berlin [OeS, 41].

²¹ Vgl. etwa Rafael Biermann (2014): Legitimitätsprobleme humanitärer Intervention: Kontinuitätslinien zwischen Kosovo und Libyen. In: ZeFKo 3 (1), S. 6-42; Michael Haspel (2013): Responsibility to Protect und Humanitäre Intervention. Zur aktuellen Entwicklung der Kriteriendiskussion in ethischer Perspektive. In: Hubertus Busche, Daniel Schubbe (Hg.) (2013): Die Humanitäre Intervention in der ethischen Beurteilung. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 267-297.

R2P: Gefahr der Verengung des Konzepts wirksam begegnen

Zivile Krisenprävention und Friedensförderung: Mehr als nur Absichtserklärungen?

Der Diskurs wird in der Regel von der ultima ratio militärischer Gewalt dominiert

Wie eingangs beschrieben wandelte sich die Debattenlage über die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik erst im Frühjahr 2014 grundlegend. In den Medien wurde besonders die Rede von Bundespräsident Gauck rezipiert und von vielen als ein Aufruf zu stärkerem militärischen Engagement Deutschlands kommentiert, obwohl sich weder seine Äußerungen noch die zugrundeliegenden Ergebnisse des „Neue Macht - Neue Verantwortung“-Projekts auf militärische Aspekte konzentrieren lassen. Es ist offensichtlich, dass internationale Verantwortungsübernahme mit nicht-militärischen Mitteln in der öffentlichen Wahrnehmung noch alles andere als selbstverständlich ist und stattdessen reflexhaft auf althergebrachte Deutungen internationaler Machtausübung zurückgegriffen wird.²⁴ In besonderer Weise wird dies an der Debatte um den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr und das deutsche Engagement im zivilen Bereich deutlich. Dies hat zum einen sicher mit der öffentlichen (medialen) Wahrnehmung (Präsentation) zu tun. Zum anderen belegt es jedoch, dass das Verhältnis von ziviler und militärischer Konfliktbearbeitung nicht wirklich geklärt ist und der Diskurs zu schnell bestimmt wird und in der Regel auch bestimmt bleibt durch den Blick auf die ultima ratio militärischer Einsätze.²⁵

Politischer Wille für zivile Krisenprävention – mehr als die Verengung auf Krieg oder Frieden, zivil oder militärisch

In zahlreichen Veranstaltungen unseres Diskursprojektes stellte sich eine Beobachtung konstant ein und wurde als Defizit deutscher Strategiefähigkeit benannt²⁶: Sowohl in sicherheitspolitischen als auch friedensethischen Grundsatzpapieren wird immer wieder die Bedeutung der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung betont. Dies steht oft in Gegensatz zu den tatsächlichen Anstrengungen in diesen Bereichen. Besonders eklatant ist dies in Bezug auf die Krisenprävention. Es gibt wenig gesicherte Erkenntnisse über die Wirksamkeit von Methoden und Prozessen der Krisenprävention – sei sie zivil oder militärisch. Deutlicher als bisher muss die Frage der Krisenprävention in ihrer Gesamtheit behandelt werden. Ausgehend von dem Vorrang ziviler Mittel ist aber die Frage auch nach militärisch abgesicherter oder gar durchgeführter Krisenprävention nicht auszuklammern. Deshalb ist die Klärung des Verhältnisses von ziviler, polizeilicher und militärischer Krisenprävention zu bearbeiten. Hier besteht ein Defizit in der Forschung, in konzeptionellen Entwürfen sowie in der Praxis und Praxisreflexion. Es gilt die Lücke zwischen normativen Postulaten und empirischen Kenntnissen zu schließen.²⁷

Evaluation als Gebot der Stunde: Sie ist kein Ersatz für Strategiebildung und politische Entscheidungen

Evaluation ist nicht nur in Bezug auf militärische Interventionen notwendig, ebenso wichtig ist dies für die zivilen Maßnahmen (und die Interaktion zwischen beiden). Dabei ist Evaluation lediglich als Teil der Strategie- und Strukturdiskussion zu verstehen, sie ist nicht der Ersatz für Strategiebildung und politische Entscheidungen. Es existiert weiterhin eine eklatante Diskrepanz zwischen den Ausgaben für militärische Einsätze und den zivilen Bereichen. Deutschland könnte hier deutlich mehr tun: Nach dem „Commitment to Development Index (CDI)“, mit dem das Washington Center for Global Development die Kohärenz zwischen dem entwicklungspolitischen und anderen Politikfeldern bemisst, rangiert Deutschland nur auf Platz 10, im Bereich der Sicherheitspolitik sogar nur auf Platz 21. Als Begründung wird die relativ geringe Investition in und Beteiligung an internationalen Missionen sowie die signifikant hohe Quote der Rüstungsexporte angegeben.²⁸ Ein Schwerpunkt deutscher Beiträge zu staatlichen Transformationsprozessen, der auch dem allgemeinen Wunschbild ziviler Verantwortungsübernahme entspricht, ist die



Förderung von Rechtsstaatlichkeit. Die Entsendung von Polizisten, Richtern, Staatsanwälten, Justizvollzugsbediensteten, Verwaltungspersonal und anderen zivilen Expertinnen und Experten findet in der deutschen Gesellschaft großen Rückhalt. So wichtig zivile Experten für die Übernahme internationaler Verantwortung sind, so wenig haben ihre persönlichen und professionellen Belange bisher in der fachlichen Debatte in Deutschland Aufmerksamkeit gefunden. Durch den intensiven Austausch mit Mitarbeitenden staatlicher und nicht-staatlicher Organisationen in Akademietagungen konnte hier eine wichtige Brücke gebaut werden. Daneben ist auch die konzeptionelle Weiterentwicklung deutscher Unterstützung bei der Förderung von Rechtsstaatlichkeit geboten.

Ähnliche konzeptionelle Anstöße aus Deutschland sollten auch mit Blick auf andere Friedensmissionen und internationale Einsätze erfolgen. Bislang herrscht hier der Eindruck vor, dass sich das deutsche Engagement auf die Bereitstellung international angeforderten Personals beschränkt. Gerade wenn es darum gehen soll, Missionen der NATO, EU und UN möglichst zivil auszurichten, sind Einflussnahme und Verantwortungsübernahme besonders auch bei der Konzipierung internationaler Missionen erforderlich. Dafür mangelt es in Deutschland in wesentlichen Bereichen wie der Polizei derzeit noch an Akteuren, die die konzeptionelle Vorarbeit dafür leisten könnten. Aber selbst dort, wo über solche Ansätze nachgedacht wird, fehlen oft noch die Brücken in den politischen Raum. Als erster Schritt in die richtige Richtung kann die öffentliche Anhörung in der gemeinsamen (!) Sitzung von Innenausschuss und Unterausschuss Zivile Krisenprävention am 3. November 2014 gewertet werden. Hier verständigten sich erstmals Experten aus Wissenschaft und Fachöffentlichkeit mit Parlamentariern zum Thema „Einsatz von Polizei in Friedensmissionen“.²⁹

Konzeptionelle und strukturelle Probleme bei der Entsendung von zivilem Personal: Lösungsansätze weiter verfolgen

22 Vgl. Michael Haspel (2014): Das Konzept der Human Security kommt zu kurz! In: S+F 32 (1), S. 62–64. Siehe auch die anderen Beiträge im Themenforum dieses Heftes. Beachtenswert ist auch, dass das Konzept der Human Security in das Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“ Eingang gefunden hat. Daran lässt sich im Kontext des deutschen sicherheitspolitischen Diskurses anknüpfen. Zur kritischen Analyse und Bewertung des Konzepts der Human Security vgl. vor allem: Tobias Deibel, Sascha Werthes: Menschliche Sicherheit. Fallstricke eines wirkungsmächtigen Konzepts. In: Christopher Daase, Stefan Engert, Julian Junk (Hg.) (2013): Verunsicherte Gesellschaft – überforderter Staat. Zum Wandel der Sicherheitskultur. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag, S. 319-336.

23 Vgl. hierzu Peter Rudolf (2014): Zur Ethik militärischer Gewalt. SWP-Studie 6, Berlin.

24 Zu ersten Auswertungen der veränderten Diskurslage siehe: Arvid Bell, Matthias Dembinski, Thorsten Gromes, Berthold Meyer: Früher, entschiedener und substanzieller? Engagiertes außenpolitisches Handeln und militärische Zurückhaltung sind kein Widerspruch. HSFK-Standpunkt 1/2014. Frankfurt/M.

25 Exemplarisch lässt sich dies als zentrales Ergebnis der im Rahmen des Diskursprojektes jährlich durchgeführten „Afghanistan-Tagungen“ (Ev. Akademie Villigst) belegen.

26 Kamingespräche zur „Strategiefähigkeit und den Aufgaben in Deutschland“ und zu „10 Jahre Aktionsplan Zivile Krisenprävention“ (letzteres erweitert um die Mitglieder des zuständigen BT-Unterausschusses, um NGO- und Institutionenvertreter, beide Ev. Akademien Berlin und Loccum). Und: Tagung „Evaluierung der zivilen Krisenprävention. Mit welchen Maßstäben messen wir ihren Erfolg?“ (Ev. Akademie Loccum).

27 Peter Rudolf, Sascha Lohmann (2013): Außenpolitikevaluation im Aktionsfeld Krisenprävention und Friedensaufbau, SWP-Studie 20, Berlin.

Instrumente und Strukturen: Kohärenz verbessern, Kapazitäten ausbauen

Seit mehr als 20 Jahren beteiligt sich Deutschland an internationalen militärischen Einsätzen. Wachsende und vielfältige Beiträge zur zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung sind seit vielen Jahren fester Bestandteil der deutschen Außenpolitik. Die Bilanz der etablierten und eingesetzten Instrumente und Strukturen fällt im Rückblick allerdings insgesamt eher kritisch aus: Deutschland hat sich zwar in der Vergangenheit im Vergleich zu seinen internationalen Partnern immer wieder aus grundsätzlichen Bedenken heraus gegen eine militärische Beteiligung ausgesprochen (Irak 2003, Libyen 2012). Zugleich wurden aber auch Entscheidungen pro militärische Beteiligung gefällt (Kosovo 1999, Afghanistan 2001). Dies führte international immer wieder zu Verwirrung und teilweise auch zur Isolation Deutschlands. Die hinter diesen unterschiedlichen Entscheidungen stehenden strategischen und politischen Ziele wurden weder nach innen noch nach außen ausreichend diskutiert und kommuniziert. Soweit doch Erklärungen abgegeben wurden, waren diese bestenfalls fragmentarisch und teilweise auch widersprüchlich.

Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung: Querschnittsaufgabe wird nur lückenhaft angegangen

Mit dem Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ als offiziellem Regierungsdokument existiert seit 2004 ein fester Bezugspunkt für den Primat des Zivilen in der deutschen Außenpolitik. Deutschland hat damit ein innovatives Instrument geschaffen, das international viel Beachtung fand und als Meilenstein für die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gesellschaft gelten kann. Insbesondere der Anspruch, Prävention als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe zu verstehen und damit zu mehr Kohärenz in der Außen- und Sicherheitspolitik beitragen zu können, wurde als vorbildlich gekennzeichnet.

Anspruch und Wirklichkeit klaffen jedoch nach 10 Jahren bisweilen deutlich auseinander: Die seit vielen Jahren vorliegenden regierungsamtlichen Dokumente zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sind und werden nicht aufeinander bezogen; der politische Wille zur Vernetzung und Umsetzung fehlt weitgehend in Parlament, Regierung und Administration. Die Existenz zahlreicher, nebeneinander stehender Instrumente und Strukturen kann gerade nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Bereich der Strategiebildung, die die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik kohärent integrieren müsste, immer noch erhebliche Defizite vorliegen.

Von unterschiedlicher Seite liegen – teilweise schon seit längerem – konkrete Vorschläge vor, um die meist parallel laufenden Prozesse und Debatten besser miteinander zu verzahnen und mehr Kohärenz und Wirksamkeit erreichen zu können. Die Vorschläge verdienen allesamt mehr Beachtung und eine ernsthafte Prüfung zur Umsetzbarkeit. Das erklärte Ziel der Bundesregierung, den „Vorrang für das Zivile“ zu untermauern, wie sie es Ende 2014 in ihrem „Vierten Umsetzungsbericht zum Aktionsplan Zivile Krisenprävention“ postuliert hat, wird dabei grundsätzlich als Schritt in die richtige Richtung begrüßt, gleichzeitig werden Defizite angezeigt und konkrete Empfehlungen zur Veränderung gegeben:

Der „Vorrang für das Zivile“: den begonnenen Weg weitergehen



Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) fordert in ihrer Kommentierung des aktuellen Umsetzungsberichts zum Aktionsplan Zivile Krisenprävention dazu auf, erstens „Chancen und Risiken des Präventionsansatzes ehrlich nachzugehen. Zweitens steht die Forderung, die Lebensverhältnisse von Menschen und Gesellschaften in Krisen- und Konfliktkonstellationen nicht aus dem Blick zu verlieren, der Fixierung seitens der Regierung gegenüber, Staatlichkeit in Konfliktregionen (wieder)herzustellen. Und schließlich, drittens, erwartet die GKKE von der Exekutive als eigenen Beitrag zu einer gelingenden Präventionspolitik, sich der Selbstreflexion des eigenen Handelns zu stellen und nach den originären Beiträgen zu einer wirkungsvollen Vorbeugung gegen Krisen und Gewaltkonflikte zu fragen. Effektive Prävention beginnt hierzulande. Das schließt, viertens, ein, den Defiziten an Kohärenz im Regierungshandeln zu begegnen. Noch immer gehen zu viel Energie und Zeit verloren, um außengerichtetes Handeln zwischen den Ressorts und nachgeordneten Stellen abzustimmen.“³⁰

28 Vgl. hierzu den Beitrag von Martina Fischer (Berghof Foundation), den sie am 05.05.2014 in der öffentlichen Sitzung des Unterausschusses Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln zum Thema „10 Jahre Aktionsplan Zivile Krisenprävention“ gehalten hat (Quelle: <http://www.bundestag.de/blob/283554/3adde0b85fc81666ff5856c92d235678/fischer-data.pdf>, abgerufen am 10.11.2014). Und: Erweitertes Kaminesgespräch „Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der neuen Legislatur“ (Ev. Akademien Berlin und Loccum).

29 Einen entscheidenden Beitrag zur Bewusstmachung der Problematik und der beschriebenen Bedarfe sowie zur Chance auf Vernetzung der beteiligten Akteure konnte die Tagung „Richter, Staatsanwälte und Vollzugsbedienstete für den Frieden“ sowie das Kaminesgespräch „Deutsche Justizexperten für internationale Friedensmissionen“ (Ev. Akademie Loccum) liefern. Die Expertenbeiträge zur gemeinsamen Sitzung der BT-Ausschüsse am 03.11.2014 können abgerufen werden unter: http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a04/anhoeerungen/27_sitzung-polizei-in-friedensmissionen/337096, abgerufen am 12.11.2014.

30 Zitat in: „Kultur der Prävention“ statt „Kultur der Reaktion“, Stellungnahme der GKKE zum Ende 2014 veröffentlichten Vierten Umsetzungsbericht der Bundesregierung zum Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung (2.2.2015, www.gkke.org, Herv. verändert, zuletzt abgerufen am 7.3.2015). Diese und andere Vorschläge waren Gegenstand der Expertenbeiträge und Diskussionen in zahlreichen Veranstaltungen des Diskursprojektes.

Neue Krisen verschärfen
friedens- und sicherheits-
politische Fragen

Friedenslogik in der Außen- und Sicherheitspolitik stärken – Ein vorläufiges Fazit

Was der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD Ende 2013 noch als allgemeine und grundlegende politische Programmatik für die kommende Legislaturperiode formulierte und mit einem Bezug zu den Werten und Interessen deutscher Außenpolitik zu begründen suchte, ist angesichts der internationalen Krisen und Konflikte 2014 zu einer echten Bewährungsprobe geworden. Die Ukraine-Krise und die Offensive des „Islamischen Staates“ (IS) im Nordirak und Syrien haben einer Reihe von friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen zu einer neuen Brisanz verholfen. In Anknüpfung an die Gauck-Debatte und die aktuellen Krisen sind grundlegende Fragen zu stellen und zu beantworten, die um die Problematik der Zunahme asymmetrischer, nicht-internationaler bewaffneter Konflikte kreisen und die vor allem in völkerrechtlicher und ethischer Perspektive bedeutsam sind. Die Frage etwa, ob eine humanitäre militärische Intervention angemessen ist und wenn ja, mit welchen Mitteln dies zu geschehen habe, ist bei weitem nicht ausreichend beantwortet und stellt außenpolitische Entscheidungen damit immer neu auf die Probe.³¹ Ferner stellt sich die Frage, wie auf das Phänomen „hybrider Kriegsführung“ reagiert werden kann. Vollkommen offen bleibt, welche Strategien angesichts des erkalteten Verhältnisses zwischen der russischen Föderation und den westlichen Bündnissystemen entwickelt werden müssen.

Im Rückblick auf die fast dreijährige Laufzeit des Diskursprojektes bleibt die Frage weiter im Raum: Reichen die bisherigen politischen Weichenstellungen aus, um der Selbstverpflichtung „Vorrang für das Zivile“ gerecht werden und um den sich wandelnden globalen Herausforderungen mit einer angemessenen außen- und sicherheitspolitischen Strategie begegnen zu können? Damit diese politische Zielsetzung effizienter als bisher umgesetzt werden kann, sind eine Reihe von konzeptionellen und strukturellen Veränderungen angezeigt, die Strategie, Institutionen, Transparenz und Evaluation betreffen und die ein verstärktes Zusammenwirken zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ermöglichen.

Grundvoraussetzung für eine so definierte Zielorientierung in der außenpolitischen Debatte in Deutschland ist allerdings die Klärung und Entscheidung der konzeptionellen Frage des Verhältnisses von „Sicherheitslogik“ und „Friedenslogik“.³² In den bisherigen Debatten und Konzeptionen standen diese beiden Ansätze oft unvermittelt nebeneinander. Die Herausforderung für die Zukunft ist, die Außenpolitik weiter konsequent am Friedensgebot des Grundgesetzes auszurichten. Die zentrale Aufgabe dabei ist die aktive Schaffung von Bedingungen, die Frieden ermöglichen und nachhaltig sichern. Das ist nur möglich, wenn die real wirkenden Faktoren von Sicherheit systematisch ernst genommen und angemessen bearbeitet werden, diese zugleich aber in eine konsequente Friedenspolitik eingebunden werden. Wird die konzeptionelle Frage zukünftig weiter offen gelassen bzw. werden die Entscheidungen situativ getroffen, so wird sich Deutschland seiner internationalen Verantwortung kaum angemessen stellen können und es bleibt ein eher unberechenbarer Partner.

Die Ankündigung von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, ein neues „Weißbuch“ in Konsultation mit anderen Ressorts und der Zivilgesellschaft erarbeiten zu wollen, bietet die Gelegenheit, einen neuen strategischen Orientierungsrahmen zu ent-

Klärung des Verhältnisses
von „Sicherheitslogik“ und
„Friedenslogik“ als Voraus-
setzung für zielgerichtete
Strategiebildung



wickeln, der an den beschriebenen Ansprüchen zu messen sein wird: „Das für 2016 in Aussicht gestellte Weißbuch für Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sollte die Arbeit an einem friedenspolitischen Leitbild der Bundesregierung nicht in den Hintergrund drängen. Den Reviewprozess des AA und den Entwicklungsprozess zur Zukunftscharta des BMZ aufgreifend sollte ein Leitbildprozess in Gang gesetzt werden, der auch gesellschaftliche Verankerung findet.“³³

Die politische wie gesellschaftliche Bereitschaft zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Strategieentwicklung scheint aktuell günstig und zugleich drängend zu sein: Es kann als Schritt in die richtige Richtung bewertet werden, dass der Bundestag in dieser Legislaturperiode mehrfach über den Stellenwert der zivilen Strukturen und Instrumente deutscher Außenpolitik debattiert hat. Auch der Bundespräsident hat mit seinem Besuch beim Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) und der Einladung an unterschiedliche gesellschaftliche Akteure zu einer Veranstaltung zum Thema „Experten für den Frieden – Deutschlands ziviler Beitrag zur internationalen Konfliktlösung“ ein deutliches Zeichen gesetzt. Auch die Ergebnisse und Konsequenzen aus dem „Review-Prozess“ des Auswärtigen Amtes klingen vielversprechend, werden jedoch an ihrer konkreten Umsetzung zu messen sein. Der Anspruch, konkurrierende Politikziele zu einem kohärenten friedenspolitischen Leitbild zusammenzuführen, bleibt weiter aktuell und bedarf des fortgesetzten politischen, fachlichen und öffentlichen Diskurses. Dabei gilt es, zukünftig verstärkt den Fokus auch auf die Einbeziehung der internationalen Diskurse – vor allem in transatlantischer Perspektive – zu richten. Die Evangelischen Akademien in Deutschland wollen dies befördern und weiterhin kritisch begleiten und werden deshalb das Diskursprojekt „dem Frieden der Welt zu dienen“ fortsetzen.

Offenes Fenster für friedenspolitische Leitbilddebatte: Evangelische Akademien werden Diskurse weiter befördern

31 Eine erste umfassende Bestandsaufnahme und wissenschaftliche Auswertung zu den Erfolgsaussichten humanitärer Interventionen kommt zu dem Schluss: „Insgesamt sind unsere Ergebnisse aber keineswegs im Sinne der Befürworter humanitärer militärischer Interventionen zu lesen. Angesichts des Befundes, dass kein Zusammenhang zwischen der Intervention und der frühzeitigen Kriegsbeendigung feststellbar ist sowie angesichts ihrer geringen Relevanz für die längerfristige Entwicklung der Konflikte wäre es falsch, solche Interventionen als naheliegende Lösung zu verstehen.“ In: Thorsten Gromes, Matthias Dembinski, Bestandsaufnahme der humanitären militärischen Interventionen zwischen 1947 und 2005. HSFK-Report 2/2013. Frankfurt/M., S. 35.

32 Vgl. zur Begriffsbestimmung und Analyse die Beiträge von Hanne-Margret Birckenbach „Friedenslogik und friedenslogische Politik“ und Sabine Jaberg „Sicherheitslogik. Eine historisch-genetische Analyse und mögliche Konsequenzen“, beide in: Friedenslogik statt Sicherheitslogik. Theoretische Grundlagen und friedenspolitische Realisierung. Dossier Nr. 75 der Zeitschrift Wissenschaft & Frieden 2014-2. Bonn. Die Beiträge gehen zurück auf Akademieveranstaltungen im Vorfeld des Diskursprojekts.

33 Stellungnahme zum Vierten Umsetzungsbericht der Bundesregierung zum Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, gemeinsam herausgegeben von Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, VENRO, Konsortium Ziviler Friedensdienst und Forum Menschenrechte [16.12.2014, www.konfliktbearbeitung.net, zuletzt abgerufen am 7.3.2015].

Im Rahmen des Diskursprojektes „... dem Frieden der Welt zu dienen“ führten wir 2012 - 2015 folgende Veranstaltungen durch:

Datum	Format	Titel	Akademie
24.09.2012	Auftakt	Wie weit sollen deutsche Soldaten gehen? Politischer Wille, sicherheitspolitische Strategie und friedensethische Norm	Berlin/Villigst/ Loccum
25.09.2012	Workshop	Workshop „Friedensethik und Sicherheitspolitik“ im Anschluss an Auftakt	Berlin/Villigst/ Loccum
27.09.2012	Abendveran- staltung	Militärmacht Deutschland?	Thüringen
02. - 04.10.2012	Diskurstagung	Regionalmacht wider Willen? Die Rolle der Türkei im Nahen Osten und Nordafrika	Loccum
16. - 18.11.2012	Diskurstagung	Frieden – Sicherheit – Humanität: Grenzen des Völkerrechts in aktuellen bewaffneten Konflikten	Villigst
30.11.- 01.12.1012	Diskurstagung	Hoffnung auf Frieden und Angst um die Frauen- rechte in Afghanistan – Gefährdet Gewalt gegen Frauen den Friedensprozess?	Rheinland
07.- 09.12.2012	Diskurstagung	Evaluierung der Krisenprävention: Mit welchen Maßstäben bewerten wir ihren Erfolg?	Loccum
14. - 16.12.2012	Diskurstagung	Afghanistan nach 2014: Rückzug aus der Verant- wortung? XXVI. Afghanistan-Tagung	Villigst
16.01.2013	Kamingespräch	Gemeinsame Anknüpfungspunkte für die Strategiediskussion?	Berlin/Loccum
27. - 28.02.2013	Workshop	Neue Herausforderungen für die Friedens- und Sicherheitspolitik	Thüringen
17. - 19.04.2013	Diskurstagung	Neue Politik für den Mittleren Osten: Wie kann die iranische Zivilgesellschaft gestärkt werden?	Loccum
13. - 15.06.2013	Diskurstagung	Menschen geschützt – gerechten Frieden verlo- ren? Kontroversen um die internationale Schutz- verantwortung in der christlichen Friedensethik	Berlin/Villigst
18. - 20.10.2013	Diskurstagung	Das Papier nicht wert? Wie Verträge unsere Sicherheit gewährleisten	Meißen
30.10. - 01.11.2013	Diskurstagung	Schutzleute als Friedensmacht: Wie können deut- sche Polizisten internationale Friedenseinsätze effektiver unterstützen?	Loccum

08.- 10.11.2013	Diskurstagung	Wirtschaftliche Interessen und Menschenrechte. Kriterien für den Einsatz ziviler und militärischer Mittel in Krisengebieten	Thüringen
12.11.2013	Abendveranstaltung	Ethisch vertretbar und militärisch geboten? Bewaffnete Drohnen und die High-Tech-Kriege der Zukunft	Villigst
28.11.2013	Kamingespräch	Rolle Deutschlands in EU und NATO	Berlin/Loccum
06. - 08.12.2013	Diskurstagung	Neue nationale Friedensstrategie? Was soll die deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik leisten?	Loccum
13. - 15.12.2013	Diskurstagung	„Der Frieden ist der Ernstfall“ – Afghanistan nach 2014, XXVII. Afghanistan-Tagung	Villigst
17.- 18.01.2014	Workshop	„Nichts ist gut in Afghanistan ...“ – Welche Rolle spielen die Medien neben anderen Akteuren bei der Beeinflussung des außen- und sicherheitspolitischen Diskurses (in Deutschland)?	Villigst
06. - 07.02.2014	Workshop	Wissenschaftliche Beratung oder politische Intervention? Die Friedens- und Konfliktforschung und die deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik	Villigst
13.02.2014	Abendveranstaltung	Afghanistan, Pakistan, Libyen, Mali, Syrien ... Perspektiven deutscher Sicherheitspolitik nach Afghanistan ...	Thüringen
13. - 15.03.2014	Workshop	Friedensethik	Thüringen
18.03.2014	Kamingespräch	Rüstung und friedenspolitische Strategie	Villigst/Loccum
31.03.2014	Abendveranstaltung	„... ob Kriegersleute in seligem Stande sein können“: Soldat sein heute zwischen Gewissensentscheidung und Gehorsamsprinzip	Villigst
08.04.2014	Kamingespräch	Deutsche Beteiligung an internationalen Polizeimissionen	Berlin/Loccum
24. - 25.04.2014	Workshop	Ethische Kriterien für Rüstungsexporte	Loccum
06.05.2014	Kamingespräch	Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der neuen Legislatur	Berlin/Loccum
04.06.2014	Diskurstagung	Das Friedenspotential der Religionen nutzen. Das Friedensgutachten 2014	Berlin
04. - 06.06.2014	Diskurstagung	Rüsten für die Zukunft? Rüstungs- und Sicherheitspolitik in Zeiten hochtechnologischer Kriegsführung	Loccum
11.06.2014	Abendveranstaltung	Wieder zu Hause und doch fremd? Rückkehrer aus Kriegsgebieten und unsere Gesellschaft	Berlin

02.09.2014	Abendveranstaltung	Demokratischer Interventionismus und Völkerrecht: Heiligt der Zweck auch immer die Mittel?	Villigst
12. - 14.09.2014	Diskurstagung	Zivil und strategisch?! Deutschlands Afghanistanpolitik nach dem Abzug	Loccum
25.09.2014	Diskurstagung	Braucht die Bundeswehr bewaffnete Drohnen? Positionen evangelischer Ethik	Berlin/Loccum
29.09. - 01.10.2014	Diskurstagung	Richter, Staatsanwälte und Vollzugsbedienstete für den Frieden – Wie können Bund und Länder die Einsatzbedingungen für Justizpersonal in Rechtsstaatlichkeitsmissionen verbessern?	Loccum
21. - 23.11.2014	Diskurstagung	Machtfaktor oder Spielball? Deutschlands Rolle in der Welt	Meißen
02.12.2014	Kamingespräch	Deutsche Justizexperten für internationale Friedensmissionen	Loccum/Berlin
03.12.2014	Abendveranstaltung	Einmischen oder Heraushalten? Deutschlands Rolle in der Welt	Thüringen
05. - 07.12.2014	Diskurstagung	Deutschland und die Arabellion – Wie kann Deutschland die gesellschaftliche Transformation in Nordafrika unterstützen?	Loccum
12. - 14.12.2014	Diskurstagung	Den Frieden gewinnen: politische und gesellschaftliche Perspektiven für die Transformationsdekade in Afghanistan, XXVIII. Afghanistan-Tagung	Villigst
20. - 21.01.2015	Diskurstagung	„In der noch nicht erlösten Welt ... für Recht und Frieden ... zu sorgen“. Frieden, Gerechtigkeit, Recht und staatliche Gewalt im Kontext von Just Policing	Villigst
05. - 06.03.2015	Workshop	Neue Erwartungen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik an wissenschaftliche Politikberatung?	Villigst
21.04.2015	Kamingespräch	Zivile Konfliktbearbeitung, Krisenprävention, Friedensförderung und vernetztes Handeln im neuen Weißbuch	Loccum/Berlin
04.05.2015	Abschluss	Bis an die Grenzen der Diplomatie. Deutschlands Verantwortung für den Frieden	EAD/Berlin

Wir danken herzlich allen Referentinnen und Referenten, die durch ihre Beiträge das Diskursprojekt „... dem Frieden der Welt zu dienen“ inhaltlich gefüllt haben.
Mitgewirkt haben 2012 - 2015:

Ackermann, Dirck	Erler, Daniela	Hopp-Nishanka, Ulrike	Lohmann, Klaus
Altmann, Jürgen	Escher, Anna	Horlemann, Ralf	Lölke, Dirk
Al-Zubaidi, Layla	Eurich, Claus	Horn, Alfred	Luck, Edward
Amin, Rohulla	Fakoussa, Dina	Huber, Charles	Lüder, Sascha Rolf
Ashraf, Abdul Rahman	Falke, Irmela	Ibert, Oliver	Lüders, Michael
Asseburg, Muriel	Falkenhagen, Marga	Ipsen, Knut	Lüer, Jörg
Attar, Ali Reza Sheikh	Farhang, Amin	Irrgang, Astrid	Lüttig, Frank
Babori, Shikiba	Fehr, Jakob	Islam, Rana Deep	Madsen, Britta
Backhaus, Christoph	Feroz, Emran	Jaberg, Sabine	Major, Claudia
Bagger, Thomas	Feydt, Sebastian	Jäger, Magarete	Mallory IV, Charles King
Beck, Martin	Feyock, Sebastian	Jalilvand, David Ramin	Maltzahn, Paul Freiherr von
Benne, Evelyn	Finckh-Krämer, Ute	Jannowsky, Alexandra	Maruhn, Thilo
Benner, Thorsten	Flüchter, Annedore	Jelpke, Ulla	Mares, Peter
Bethge, Anthea	Frei, Thorsen	Jennert, Bernd	Marsiske, Hans-Arthur
Biermann, Rafael	Frey, Ulrich	Johannsen, Margret	Masala, Carlo
Bilke, Nadine	Frings, Marc	Jonigkeit, Elke	Maus, Alexander
Bilmann, Edelgard	Fischer, Martina	Justenhoven, Heinz-Gerhard	Meiert, Götz
Binias, Uwe	Fischer, Uwe Christian	Kaim, Markus	Meyer zum Felde, Rainer
Bogerts, Lisa	Fisher, David	Kanne, Jürgen	Miche, Herbert
Boehnke, Olaf	Frerichs, Jonathan	Kalle, Mirjam	Mielke, Roger
Böhm, Andrea	Fuhrhop, Pia	Karádi, Matthias	Mihalic, Irene
Böhme, Jeanette	Gans, Sabine	Karokhail, Masood	Millmann, Laura
Borchert, Heiko	Gärtner, Heinz	Karokhail, Shinkai	Miron, Radu Constantin
Boyer, Yves	Gebauer, Thomas	Kaufmann, Walter	Mirow, Dirk
Brahms, Renke	Geden, Oliver	Kekeritz, Uwe Christian	Moballekh, Mohammad
Brakel, Kristian	Geffe, Wolfgang	Kemming, Birte	Mohagheghi, Hamideh
Brandner, Klaus	Gehrmann, Björn	Keul, Katja	Mölling, Christian
Brantner, Franziska	Gerner, Martin	Khalatbari, Babak	Moltmann, Bernhard
Brauksiepe, Ralf	Glatz, Rainer	Kiesewetter, Roderich	Moss, Lawrence
Brendel, Karl Peter	Godehardt, Nadine	Kindler, Sven-Christian	Muchow, Claus
Bretschneider-Felzmann, Almut	Goetschel, Laurent	Kirsch, Ulrich	Muhr-Nelson, Annette
Breuer, Carsten	Göktürk, Safak	Kleemeier, Ulrike	Müller, Harald
Brinkmann, Andrea	Grävingholt, Jörn	Klimisch, Jan-Thilo	Müller, Marion Regina
Brinkmann, Bernhard	Grebe, Jan	Klingbeil, Lars	Müller, Olaf
Brinkmann, Kai	Griep, Ekkehard	Klose, Fabian	Müller, Thomas
Brock, Lothar	Guérot, Ulrike	Knipperts, Alexander	Münchow, Christoph
Brocke, Edna	Haedrich, Martina	Koch, Bernhard	Münkler, Herfried
Brozus, Lars	Hafez, Farid	Koch, Wolfgang	Mutschler, Max Markus
Brück, Tilman	Hammerl, Franz-Josef	Koehler, Jan	Mützenich, Rolf
Brugger, Agnieszka	Hanning, August	Koenigs, Tom	Nachtwei, Winfried
Brunner, Karl-Heinz	Hansen, Wibke	Koepsel, Uwe	Naumann, Klaus
Brzoska, Michael	Hargart, Ulrich	Kolling, Andrea	Nadery, Nader
Burckhardt, Klaus	Haridi, Alexander	Königshaus, Hellmut	Nadjib, Abed
Burgmer, Christoph	Haschim Sidiqi, Rahela	Koster, Norbert	Nashir-Karim, Nadia
Burkhardt, Hans-Dieter	Hasenclever, Andreas	Kramer, Andrea	Nehan, Nargis
Daase, Christopher	Haumer, Stefanie	Krause, Joachim	Neu, Alexander S.
Daxner, Michael	Hauptmeier, Jürgen	Krüger, Uwe	Neudeck, Johannes
de Maizière, Thomas	Hauswedell, Corinna	Kuebart, Patrick	Neumann, Hannah
Dickow, Marcel	Heinemann-Grüder, Andreas	Kühn, Florian	Neuneck, Götz
Djir-Sarai, Bijan	Heinrich, Wolfgang	Kursawe, Janet	Nielebock, Thomas
Dominik, Katja	Heinrichs, Andre	Kuschnerus, Tim	Nietan, Dietmar
Dörfler-Dierken, Angelika	Heintze, Hans-Joachim	Lampe, Otto	Nützel, Gerdi
Dröge, Markus	Held, Thomas	Lammers, Christiane	Oestreicher, Paul
Dutzmann, Martin	Henz, Albert	Lebert, Jörg	Oeter, Stefan
Eckhart, Steffen	Hettling, Manfred	Lehmann, Karsten	Oswald, Stefan
Ehrentraut, Christoph	Hild, Katharina	Leikert, Katja	Quaissa, Rachid
Ehrhart, Hans-Georg	Hillmer, Christian	Lepel, Ina	Paffenholz, Thania
Elliesen, Tillmann	Hippler, Jochen	Liebetanz, Klaus	Pasch, Paul
El-Mogaddedi, Belal	Hoff, Elke	Liebig, Stefan	Patzelt, Werner
El-Mogaddedi, Fazl Ghani	Hofheinz, Marco	Lindner, Robert	Perthes, Volker
Enns, Fernando	Hoppe, Martin	Lippert, Barbara	Petersen, Oliver
Epkenhans, Michael	Hoppe, Thilo	Lochthofen, Sergej	Pieken, Gorch
Erdo an, Murat	Hoppe, Thomas	Lohmann, Friedrich	Pietz, Tobias

Plesmann, Wolf
Poddig, Andreas
Pohlmann, Ulrich
Pope, Hugh
Posch, Walter
Prüter, Kai
Quack, Martin
Rademacher, Dirk
Raiser, Konrad
Rallis, Dimitris
Rashid, Abdul-Ahmad
Reiffenstuel, Michael
Reif-Spirek, Peter
Reuter, Hans-Richard
Richter, Werner
Ries, Matthias
Rink, Sigurd
Rinke, Bernhard
Robra, Martin
Rohde, Olaf
Rohrschneider, Kai Ronald
Rojas, Raúl
Ronnefeldt, Clemens
Rothbauer, Holger
Rotmann, Philipp
Rudolf, Peter
Rusche, Stefan
Russmann, Paul
Ruttig, Thomas
Sadjadpour, Kazem
Safiarian, Kamran
Said, Salam
Sandawi, Sammi
Sander, Dirk
Sandschneider, Eberhard
Sauer, Frank
Schäfer, Paul
Schaper, Annette
Scheffer, Ulrike
Scheffler, Horst
Schetter, Conrad
Schilff, Dietmar

Schilling, Annegreth
Schindehütte, Martin
Schindler, Hans-Jakob
Schlagheck, Bernhard
Schlaudraff, Gerhard
Schlichte, Klaus
Schlotmann, Meinolf
Schmid, Johann
Schmidt, Frithjof
Schmidt, Hajo
Schnappertz, Jürgen
Schneckener, Ulrich
Schneider, Cornelia
Schneider, Karsten
Schneider, Patrick
Schoch, Bruno
Schörnig, Niklas
Schulte Berge, Bernd
Schulz, Jürgen
Schulz, Ludwig
Schumann, Peter
Schuster, Armin
Schütte, Robert
Schütz, Björn
Schwalb, Jens
Schwarz-Schilling, Christian
Schweitzer, Christine
Seiffert, Anja
Selle, Johannes
Senghaas-Knobloch, Eva
Shah Mohmand, Rustam
Shamel, Ratbil
Sharifi, Gudrun
Sieger, Robert
Simons, Claudia
Sohst, Thomas
Sommer, Jerry
Spatz, Joachim
Spelten, Angelika
Spiekermann, Meinolf
Starke, Wolfgang
Stöter, Gerald

Strässer, Christoph
Streicher, Klaus
Strohscheidt, Elisabeth
Stümke, Volker
Tabatabai, Adnan
Talmon, Stefan
Tebbe, Gerd
Tempel, Sylke
Thiel, Thorsten
Tillmann, Karl-Rüdiger
Toprak, Ali Ertan
Tötzke, Christine
Treutmann, Holger
Tveit, Olav Fykse
Verheugen, Günter
Vlantis, Giorgios
van Aken, Jan
van Thiel, Jan Hendrik
Vietz, Michael
Vogler, Kathrin
von Boemcken, Marc
von Borries, Bodo
von Puttkamer, Hubertus
von Renesse, Ernst-Albrecht
von Schubert, Hartwig
von Wurmb-Seibel, Ronja
Wache, Eckehart
Wafa, Waheer
Wagner, Christian
Wallraff, Arnold
Walter-Drop, Gregor
Wardak, Yahya
Warnecke, Dieter
Wehe, Dieter
Weinhold, Werner
Weisskirchen, Gert
Weller, Christoph
Wendland, Anna Veronika
Wendrock, Benjamin
Werner, Walter
Westphal, Bernd
Wetzel, Kathleen

Wieland-Karimi, Almut
Winkelmeier-Becker, Elisabeth
Wipf, Thomas
Wisotzki, Simone
Wittkowsky, Andreas
Woermer, Nils
Wolf, Klaus Dieter
Wolf, Susanne
Wollny, Anja
Würich, Sabine
Yaar, Daud
Yusufzai, Rahimullah
Zahneisen, Thomas
Zanetti, Véronique
Zapf, Uta
Zech, Tobias
Ziemer, Klaus
Zint, Martin
Zöpel, Christoph
Zumach, Andreas
Zupan, Natascha
Zürn, Michael



Zum Schluss

Die Evangelischen Akademien in Deutschland e. V. (EAD) sind die unabhängige Bundesorganisation und der Dachverband von siebzehn evangelischen Akademien. Die EAD initiiert und organisiert u. a. gemeinsame Diskursprojekte, wodurch die evangelischen Akademien zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen wollen. Die EAD versteht sich als zivilgesellschaftliche Organisation und als protestantische Investition in die Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft und Kultur. Das Diskursprojekt „... dem Frieden der Welt zu dienen“ 2012-2015 verantwortet die EAD. Es wurde in Kooperation mit der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr und mit der Arbeitsgemeinschaft Ethische Bildung in den Streitkräften (AEBIS) realisiert. Wir danken der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr und der AEBIS für den kontinuierlichen Diskussionsprozess der letzten Jahre. Ebenso danken wir für die finanzielle Unterstützung, die uns ohne inhaltliche Vorgaben gewährt wurde.

Steuerungsgruppe:

Dirck Ackermann, Leitender Militärdekan, Ev. Kirchenamt für die Bundeswehr

Jacqueline Boysen, Studienleiterin Ev. Akademie zu Berlin (bis 2014)

Michael Haspel, Direktor Ev. Akademie Thüringen

Klaus Holz, Generalsekretär Ev. Akademien in Deutschland

Rüdiger Sachau, Direktor Ev. Akademie zu Berlin

Marcus Schaper, Studienleiter Ev. Akademie Loccum

Uwe Trittman, Studienleiter Ev. Akademie Villigst

Ines-Jacqueline Werkner, Senior Researcher, Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft e. V., Heidelberg

Impressum

Herausgeber: Die Evangelische Akademien in Deutschland (EAD) e. V.

Redaktion: Uwe Trittman

Layout und Satz: Claudia Medrow

Druck: Werbeproduktion Bucher

EVANGELISCHE SEELSORGE
IN DER BUNDESWEHR



Ev. Seelsorge in der Bundeswehr, Jebensstr. 3, 10623 Berlin, www.militaerseelsorge.de



Die Evangelischen
Akademien
in Deutschland

Evangelische Akademien in Deutschland (EAD) e. V.

Geschäftsstelle, Auguststraße 80, 10117 Berlin, www.evangelische-akademien.de

Die Mitgliedseinrichtungen der EAD sind:

Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen

Dieperzbergweg 13, 57610 Altenkirchen
Tel. 02681/9516-0, Fax 02681/70206
info@lja.de, www.lja.de

Evangelische Akademie Bad Boll

Akademieweg 11, 73087 Bad Boll
Tel. 07164/79-0, Fax -440
info@ev-akademie-boll.de
www.ev-akademie-boll.de

Evangelische Akademie Baden

Blumenstraße 1, 76133 Karlsruhe
Tel. 0721/9175-361, Fax -25361
info@ev-akademie-baden.de
www.ev-akademie-baden.de

Evangelische Akademie zu Berlin

Charlottenstraße 53/54, 10117 Berlin
Tel. 030/20355-500, Fax -550
eazb@eaberlin.de, www.eaberlin.de

Evangelische Akademie Abt. Jerusalem, Braunschweig

Alter Zeughof 1, 38100 Braunschweig
Tel. 0531/12054-0, Fax -50
sekretariat.thz@lk-bs.de
www.abt-jerusalem-akademie.de

Evangelische Akademie Frankfurt

Eschersheimer Landstraße 567
60431 Frankfurt am Main
Tel. 069/1741526-0, Fax -25
office@evangelische-akademie.de
www.evangelische-akademie.de

Evangelische Akademie Hofgeismar

Gesundbrunnen 11, 34369 Hofgeismar
Tel. 05671/881-0, Fax -154
ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de
www.akademie-hofgeismar.de

Evangelische Akademie Loccum

Münchehäger Straße 6
31547 Rehburg - Loccum
Tel. 05766/81-0, Fax -900
eal@evlka.de, www.loccum.de

Evangelische Akademie Meißen

St. Afra Klosterhof, Freiheit 16
01662 Meißen, Tel. 03521/4706-0, Fax -99
klosterhof@ev-akademie-meissen.de
www.ev-akademie-meissen.de

Evangelische Akademie der Nordkirche

Königstr. 52, 22767 Hamburg
Tel. 040/30620-1452, Fax -1453
hamburg@akademie.nordkirche.de

Am Ziegenmarkt 4, 18055 Rostock

Tel. 0381/25224-30, Fax -59
rostock@akademie.nordkirche.de
www.akademie.nordkirche.de

Akademie der Ev.-Lutherischen Kirche Oldenburg

Haareneschstraße 60, 26121 Oldenburg
Tel. 0441/7701-431, Fax -419
akademie@ev-kirche-oldenburg.de
www.akademie-oldenburg.de

Evangelische Akademie der Pfalz

Luitpoldstraße 10
76829 Landau in der Pfalz
Tel. 06341/96890-30, Fax -33
info@eapfalz.de, www.eapfalz.de

Evangelische Akademie im Rheinland

Mandelbaumweg 2
53177 Bonn-Bad Godesberg
Tel. 0228/9523-201, Fax -250
info@akademie.ekir.de
www.ev-akademie-rheinland.de

Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt

Schlossplatz 1 d
06886 Lutherstadt Wittenberg
Tel. 03491/4988-0, Fax 03491/400706
info@ev-akademie-wittenberg.de
www.ev-akademie-wittenberg.de

Evangelische Akademie Thüringen

Zinzendorfhaus, 99192 Neudietendorf
Tel. 036202/984-0, Fax -22
info@ev-akademie-thueringen.de
www.ev-akademie-thueringen.de

Evangelische Akademie Tutzing

Schlossstraße 2+4, 82327 Tutzing
Tel. 08158/251-0, Fax 08158/251-137
info@ev-akademie-tutzing.de
www.ev-akademie-tutzing.de

Evangelische Akademie Villigst

Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte
Tel. 02304/755-325, Fax -369
akademie@kircheundgesellschaft.de
www.akademie-villigst.de

Außerordentliche Mitglieder

Deutscher Evangelischer Kirchentag

Magdeburger Str. 59, 36037 Fulda
Tel. 0661/96950-0, Fax -90
fulda@kirchentag.de
www.kirchentag.de

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e. V. (FEST)

Institut für interdisziplinäre Forschung

Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg
Tel. 06221/91 22 0, Fax 06221/167 257
info@fest-heidelberg.de
www.fest-heidelberg.de

Evangelische Medienakademie

Kaiserswerther Straße 450
40474 Düsseldorf
Tel. 0211 43690-150, Fax -200
www.evangelische-medienakademie.de

Kontakt

Evangelische Akademien in Deutschland e. V.
Auguststraße 80, 10117 Berlin
Tel. 030/28395-410, Fax 030/28395-470
office@evangelische-akademien.de
www.evangelische-akademien.de

EVANGELISCHE SEELSORGE
IN DER BUNDESWEHR



Die Evangelischen
Akademien
in Deutschland

